

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 438

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wölfe in Berlin.

Das neue wertbeständige Geld.

Drei verschiedene Zahlungsmittel: Sachwertgeld, Papiermark, Goldnote. — Lösung der Reichsbank von den Staatsfinanzen. — Keine ungedeckte Vermehrung des Papiergeldumschlages mehr. — Einschränkung der Reichsausgaben.

Das neue Währungsprogramm.

Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes soweit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch insstand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftslieben in vollem Umfang zu erfüllen. Reichsschatzscheine werden bei der Reichsbank nicht mehr distantiert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papiermarkumschlages nicht mehr stattfindet. Für eine Uebergangszeit bis zur Balancierung des Reichshaushalts gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitrages sichergestellt werden. Diese Noten werden geschickliche Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurse einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird auch ein bereits vorliegendes Finanzprogramm die stärkere Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ertragskraft der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.

Die Pläne der Regierung über die dringend notwendige Reform der deutschen Währungsverhältnisse haben nunmehr feste Gestalt angenommen. Angesichts der katastrophalen Entwicklung der Devisenkurse, die von Sonntag bis zu den heutigen Vormittagsstunden den Dollarkurs von 90 auf 320 Millionen Mark in die Höhe trieb (später ist ein starker Rückgang eingetreten), war es auch höchste Zeit, daß die Währungsfrage aus dem Stadium der Erwägungen und Beratungen in das der Aktion gelangt ist. Ob die Projekte, zu deren Durchführung die Regierung sich jetzt entschlossen hat, den Erfordernissen und Möglichkeiten der heutigen Lage entsprechen, wird des Näheren noch zu unterziehen sein. Da die Erfordernisse sehr groß sind, ist die Möglichkeit innewein sehr beschränkt, wäre es falsch, an das, was die Regierung vor schlägt, der Wahl einer idealen Lösung anzulegen. Es würde schon viel erreicht sein, wenn eine Lösung zustande käme, die Gewähr böte, für einen gewissen, nicht zu eng begrenzten Zeitraum Wirtschaft und Staat funktionsfähig zu erhalten.

Das Projekt der Regierung ist eine Kompromißlösung, die verhältnismäßig Anzweifeln, in erster Linie denen des Staates und denen der Wirtschaft gerecht zu werden sucht, und es kann unter Zugrundelegung der heutigen Verhältnisse auch nichts anderes sein. Es ist auch ein Kompromiß aus den verschiedenartigen Vorschlägen, die in der letzten Zeit zur Lösung der Währungsfrage gemacht worden sind. Der Gedanke des Währungsreform und Selbstständigen Sachwertgeldes ist in die Pläne der Regierung hineingearbeitet worden, desgleichen der Gedanke einer privaten Goldnotenbank und für diejenigen, die der Reichsbank eine wesentliche Rolle in dem Währungsprogramm nicht vorzuziehen wollten, ist eine Konzession dadurch geschaffen worden, daß die Reichsbank — aber losgelöst von jeder Verbindung mit dem Reich und mit der Papiermark — als reine Goldnotenbank in Zukunft fungieren soll. Auch der an dieser Stelle verabschiedlich erörterte Plan, den im Inlande „verkapitelten“ Devisenbesitz in Form von Depositionseinlagen nutzbar zu machen und gleichzeitig zu legalisieren, dürfte in der Form berücksichtigt werden, daß entweder die Reichsbank oder eine besonders zu gründende Devisenclearingsbank Depositionseinlagen annehmen soll. Das Projekt der Regierung weist etwa die folgenden Grundzüge auf:

Drei verschiedenartige Zahlungsmittel sollen in Zukunft nebeneinander bestehen, nämlich erstens das von einer besonderen Währungsbank auf Grund von Goldverpflichtungen der Gewerbetreibenden ausgegebene Sachwertgeld, das allein als geschickliche Zahlungsmittel fungieren wird, zweitens die bisherige Papiermark, die ihrer Funktion als geschickliche Zahlungsmittel entfremdet werden und nur als Scheidemünze Verwendung finden soll, drittens die Goldnote, die von der zur Goldmarkbank umgewandelten Reichsbank nur gegen Einreichung von Goldwechseln ausgegeben und durch Gold oder Devisen gedeckt wird. Diese Goldnote, um zunächst von ihr zu reden, erhält vorläufig nicht den Charakter als geschickliches Zahlungsmittel, ebenso wie auch die Noten der alten Reichsbank zwischen den Jahren 1873 und 1909 kein geschickliches Zahlungsmittel darstellten. Die Reichsbank wird von ihrer jetzigen Verpflichtung, für die Zwecke des Reiches Sachwechsel distanzieren und Noten auszugeben, vollständig befreit. Sie wird zur Bank des gesamtstaatlichen Verkehrs, dessen Goldwechsel sie distanzioniert, und zwar in der Form, daß sie den Gegenwert in Form von Goldnoten ausgibt und diese Goldnoten bei der Rückzahlung der Wechsel wieder zurückerhält, wodurch, solange der Wirtschaftsverkehr auf den Kredit der Reichsbank angewiesen bleibt, eine un-

fangreiche Sammelung der Goldnoten ausgeschlossen sein würde. Die Goldnoten der Reichsbank werden, abgesehen von den Goldwechseln, auch durch effektives Gold und Devisen gedeckt sein. Wie hoch diese Deckung sich belaufen wird, hängt natürlich von dem Umfang der Deckungsbedürfnisse und desgleichen von dem Umfang des Verkehrsbedarfs an Goldnoten ab, doch gibt man sich in den Kreisen der Regierung keinen Zweifel darüber hin, daß die Deckung zunächst über die Dritteldeckung wie sie vor dem Kriege vorgeschrieben war, aber damals in der Praxis meistens überschritten wurde, auch statutenmäßig wird hinausgehen müssen, weil die Goldnote sich das volle Vertrauen der Wirtschaft erst wird erobern müssen.

Ist die Goldnote das Zahlungsmittel für den wirtschaftlichen Großverkehr, so soll die zu schaffende Sachwertnote das Finanzierungsmittel des Reiches und, um diese Funktion erfüllen zu können, das geschickliche Zahlungsmittel und zwar das einzige werden, das auch dazu bestimmt ist, im breiten Publikum, also im kleingeldhaltigen Verkehr, bei Gehalts- und Lohnzahlungen usw. überhaupt umzuläufen. Bei der Schaffung dieses Sachwertgeldes geht die Regierung vor der Forderung aus, daß der Bedarf des Reiches durch Steuern und Anleihen noch nicht zu decken ist und erst von einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ab gedeckt werden kann. Um die bis zu diesem Zeitpunkt in der Finanzierung des Reiches entstehende Lücke ohne das bisher angewandte aber in seiner Wirkungsmöglichkeit jetzt nahezu erschöpfte Mittel der Inflation auszufüllen zu können, soll dem Reiche von der Wirtschaft ein bestimmter Teil des Sachwertumschlages zur Verfügung gestellt werden, und zwar in Form einer vorläufig an den Wehrbeitrag angelehnten, auf Grund einer Neueinstellung zum 1. Oktober 1923 zu realisierenden Vermögensabgabe, die als Goldverpflichtung der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Banken konstruiert wird. Diese Goldverpflichtung legt das Reich in Form von verzinslichen Goldobligationen in eine neu zu errichtende Währungsbank, und diese Währungsbank gibt dem Reich dafür die von ihr zu schaffenden Noten in dem Umfang, in dem sie das Reich zu seiner Finanzierung, d. h. zur Deckung seiner notwendigen Ausgaben bis zu dem Zeitpunkte braucht, in dem es sich durch Steuern bzw. Anleihen selbst finanzieren kann. Die Vermögensabgabe, die dieser Regelung zugrunde liegt, dürfte etwa 5 Prozent betragen oder jedenfalls nicht höher als 5 Prozent sein. Es soll indes offenbar nicht der volle Gegenwert dieser Vermögensabgabe (die durch Hypotheken auf Sachwerte oder falls solche nicht vorhanden sind, durch Schuldverpflichtungen gesichert wird) in Form von Zahlungsmitteln mobilisiert werden, sondern nur derjenige äußere Betrag, den das Reich bei härtester Anspannung seiner Einnahmen und rigoröser Einschränkung seiner Ausgaben bis zum Zeitpunkte des Budgetausgleichs brauchen wird. Der Reichsfinanzminister schätzt diesen Betrag, ohne dafür allerdings konkrete Unterlagen anzugeben, auf etwa eine Milliarde Goldmark. Die Möglichkeit, das mit einem solchen Sachwertgeld, Inflation getrieben wird, ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, auch wenn die jetzige Regierung mit den denkbar besten Absichten und mit der denkbar größten Vorsicht an die Schaffung des Sachwertgeldes herantritt. Von den bisherigen meist gescheiterten Experimenten ähnlicher Art, insbesondere von den mandats territorialen, soll sich das deutsche Sachwertgeld allerdings dadurch unterscheiden, daß seiner Emission mengenmäßige und auch zeitliche Grenzen gesetzt werden; mengenmäßige in der Art, daß eine bestimmte Höchstemission der neuen Noten vorgelesen wird und zeitliche, indem ein bestimmter Zeitpunkt für die Budgetausgleichung des Reiches festgelegt wird, nach dem die Finanzierung durch Sachwertgeld nicht mehr möglich sein soll.

Die Papiermark soll lediglich als Scheidemünze erhalten bleiben, d. h. sie soll kein geschickliches Zahlungsmittel sein, sondern nur zur Umlegung kleinerer Beträge dienen und nur bis zu einer gewissen Höchstgrenze der Annahmeverpflichtung im Verkehr unterliegen. Um die Papiermark für den Verkehr handelslicher zu machen und gleichzeitig den Millionenballast mit seinem riesigen Verlaufs für die Wirtschaft zu beseitigen, käme unter Umständen eine sehr scharfe Denominierung, d. h. Fortführung einer großen Anzahl von Nullen bei der Papiermark in Betracht. Die Papiermark soll in ihrem Kurse an das Sachwertgeld gebunden werden und zwar dadurch, daß seine Einlösung in Sachwertgeld jederzeit stattfinden kann.

Die ganze vorstehend geschilderte Konstruktion der neuen Währungsverfassung ist ziemlich kompliziert und in manchen Punkten etwas künstlich. Ob die Einführung eines Sachwertgeldes zwischen Papiermark und Goldnote überhaupt notwendig ist, und ob der damit angebotene Zweck der Finanzierung des Reiches nicht auch durch Kontingenterung der Papieremission und durch schleunige Einziehung von Goldtheuern erreicht werden könnte, wird noch zu unterziehen sein. Auch die jetzt von der Regierung geplante Regelung sieht das Sachwertgeld nur als eine Zwischenlösung vor, die durch Liquidation der Währungsbank ihr Ende finden soll, und zwar dann, wenn der Budgetausgleich erreicht ist. Zu diesem Zeitpunkt wird eine Umwandlung der Sachwertnote in eine wirkliche Goldwährung schon jetzt in Aussicht genommen. Der Vorteil, den die Konstruktion der Regierung bietet, liegt darin, daß sie in kurzer Zeit die Ausgabe eines wenigstens relativ wertbeständigen Geldes in größeren Mengen ermöglicht, während eine Lösung, die nur die Goldnote neben der Papiermark in den Verkehr bringen würde, vielleicht eine längere Anlaufzeit bräugte.

Amerikanische Handelsbilanz.

Coolidges Politik vorerst eine Fortsetzung der Politik Harding's. Parteipolitische Taktik. — Die Handelsbilanz seit Ende 1922 passiv, jetzt wieder aktiv.

Von unserem Korrespondenten Lynkeus.

Washington, im September.

Es ist Tradition in den Vereinigten Staaten, daß der zum Präsidentenamt aufgerückte Vizepräsident in den Grundzügen die Politik seines Vorgängers fortsetzt. Darüber steht nichts in der Verfassung, es ist aber eine Regel eigenwilliger Gewohnheitsrecht, an die sich sogar der sehr eigenwillige Roosevelt gehalten hat: erst nach seiner Wiederwahl, also in seinem zweiten Präsidentschaftsturnus, hat er bewußt eigene Wege eingeschlagen. Der Brauch entspricht nicht nur einer äußeren Pietät, sondern er hat seine guten inneren Gründe: bei der Wahl des Vizepräsidenten rechnen die Wähler, die Wahlmänner des Volkes, nur wenig mit der Möglichkeit, daß der zweite Beamte des Landes jemals an die erste Stelle rücken wird; man vertraut die oberste Exekutive dem Präsidenten an und baut darauf, daß die Nation vier Jahre lang von ihm so geführt werden wird, wie man es nach seinen Intentionen erwarten darf. Auf der Tod diesen ersten und obersten Volksbeauftragten ab, so übernimmt die neue Verfassung an seinen Platz Auftritte eines gewisse moralische Verpflichtung, für den Rest der vier Jahre nur als getreuer Sachwalter und Stellvertreter des Verstorbenen zu handeln, also nach Möglichkeit in jeder Hinsicht die Politik fortzusetzen, die der abgeworfene Präsident verfocht und die das Volk offenbar wünschte, als es ihn für vier Jahre ins Amt rief. Das ändert sich, sobald dieser frühere Vizepräsident und jetzige Präsident bei der nächsten Wahl als Präsident bestätigt wird und damit für weitere vier Jahre die Exekutive in die Hände gelegt bekommt. Denn jetzt ist er gewissermaßen auf Grund eigenen, nicht nur entlehnten Rechtes Präsident, ist er der Mann des öffentlichen Vertrauens, dem man das Staatsschiff für vier Jahre überläßt. Daher die Tatsache, daß Roosevelt erst in seiner zweiten Präsidentschaftszeit ganz Roosevelt wurde, nachdem er vorher nur Mac-Kinley-Vertreter von Roosevelttem Temperament gewesen war. Wie es bei Coolidge werden wird, darüber sind heute noch keine Erörterungen angebracht; zunächst besteht ja noch keinerlei Sicherheit über die Richtung, die die nächsten Wahlen von der Republikanischen Partei auf den Schild erhoben und ob er, wenn aufgestellt, gewählt werden wird. Ein Ausblick nach dieser Richtung wird erst möglich sein, wenn ein paar Monate seiner Administration vergangen sind.

Einwillen wandelt Coolidge, wie es zu erwarten war, in den Wegen Harding's. Sie tragen in der auswärtigen Politik die Richtungslinie: Vorfahrt und langsam über den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu einer aktiveren Teilnahme an der Weltpolitik und in inneramerikanischen Angelegenheiten den Schwerpunkt: „Durch Erhaltung des inneren Friedens und der inneren Stabilität ist der Fortbauer der Herrschaft der Republikanischen Partei“. Nach beiden Zielen hat und behält Staatssekretär Hughes die Führung.

Die innere Politik der amerikanischen Regierung, auf deren Grundzüge hier kurz eingegangen werden soll, ist reine Parteipolitik, und die Parteipolitik ist zurzeit ausschließlich Wirtschaftspolitik. Die drei Begriffe, die sonst sehr weit auseinanderliegen und sehr verschiedene Dinge umfassen können, sind heute drei konzentrischen Kreisen von gleichem Umfang und Inhalt konzentriert. Denn die Wahlen von 1924 werden ihre Schatten voraus, und die regierende Republikanische Partei legt alles daran, bis zu den Wahlen durch Erhaltung einer guten Wirtschaftskonjunktur die Stimmung des Landes zugunsten der Partei zu beeinflussen. Daher die Veruche einer Beschleunigung der Farm-er, die mit ihren Klagen ernste Besorgnisse verbreitet hatten — übertriebene Belohnung, denn es hat sich nachher herausgestellt, daß nur ein Teil der Farmer, und zwar nur die Weizenbauer, wirklich Grund zur Unzufriedenheit hatten —, daher die ernlichen und anscheinend nicht vergeblichen Bemühungen des neuen Präsidenten, einem Kohlenstreik, wie er voriges Jahr monatelang andauerte hat, vorzubeugen, Bemühungen, bei denen sich in den letzten Tagen besonders der von Washington aus mit Vermittlungsverhandlungen beauftragte Gouverneur Pinchot von Pennsylvania als sehr erfolgreich erwiesen hat.

Doch eine gute Konjunktur läßt sich in letzter Linie nicht erzwingen, mag die Regierung auch in ihrem Bemühen um Erhaltung der Ruhe und um Fortgang der Arbeit eine glückliche Hand zeigen, und sehr oft muß man sich mit einer Scheinkonjunktur begnügen. Denn die Wirtschaftskonjunktur bildet sich nicht im Lande allein, kann nicht von der Regierung gemacht werden, weil sie von vielen Faktoren auf dem Weltmarkt abhängig ist. Es macht manchmal den Eindruck, als ob man das hierzulande noch nicht ganz einsehen, Antreffend und bezeichnend war in dieser Hinsicht, wie man sich bemühte, die aktive Handelsbilanz dieses Landes zu erhalten, ohne zu bedenken, daß sich ja etwas nur durch eine kluge, vorsichtige Handels- und Wirtschaftspolitik von Monaten, vielleicht Jahren, und nur dann erreichen läßt, wenn die Lage auf dem Weltmarkt nicht hindernd im Wege steht. Es hatte beträchtliche Aufregung verurteilt, als die amerikanischen Exporte in den ersten Monaten dieses Jahres unter die Importe herunterliefen, und es ging wie ein Aufatmen der Erleichterung durch das Land, als bei Abschluß des Monats Juli festgestellt werden konnte, daß die Exportziffer

die Importziffer wieder überflügelt hatte, die Handelsbilanz als wieder aktiv geworden war.

Man hat sich in weiten Kreisen der meisten Länder daran gewöhnt, die gesamte Wirtschaftslage an der Handelsbilanz wie an einer Kontrollruhr abzulesen. Das ist ein bequemer, aber nicht immer unbedingt zuverlässiger Index. Gewiß, Deutschland muß nach einer aktiveren Handelsbilanz streben, wenn es wieder in die Höhe kommen will, und daselbe gilt für die meisten anderen Länder Europas, aber für die Vereinigten Staaten ist die passive Handelsbilanz sehr zu Unrecht zum Schreckgespenst geworden. Man beachte hier nicht, daß passive Bilanzen für ein reiches Land, das schon zu viel vom Goldvorrat der Welt besitzt, nichts Bedeutendes und Gefährliches haben, und zum Beispiel England trotz passiver Handelsbilanzen immer sehr gut gefahren ist. Allerdings wird die passive englische Handelsbilanz ausgeglichen durch die Profite des englischen Seeverkehrs, einen Aktivposten, der im Budget der Vereinigten Staaten nur eine geringe Höhe aufweist. Zwar hat sich die Lonnage der amerikanischen Handelsflotte durch den Krieg mehr als die irgendeines anderen Landes vergrößert, aber die Frachteinahmen der amerikanischen Schifffahrt sind in den letzten Jahren in einem langsamen Rückgang begriffen. Doch auch das braucht die Union nicht zu beunruhigen: die größte Güterabfertigung der Welt kann es sich leisten, auf die verhältnismäßig kleinen Gefälle aus dem Seeverkehr zu verzichten, und sie kann ohne Besorgnis sehen, wie ihre Ausfuhr hinter der Einfuhr zurückbleibt, weil die Zinsengänge aus dem im Auslande arbeitenden amerikanischen Kapital die Einbuße an Warenbezahlungen reichlich wettmachen.

Hier in aller Kürze einige allgemeinverständliche Zahlen und Tatsachen. Seit 1871 haben die Vereinigten Staaten nur in fünf Jahren einen Importüberschuß zu verzeichnen gehabt, und in diesen fünf, nach landläufiger Auffassung falschen Jahren ist nur einmal die Passivität der Bilanz über den Betrag von 90 Millionen Dollars hinausgegangen. Von 1914 bis 1922 hat sich das Land im Uichte besonders stark aktiver Bilanzen gehalten, bei denen die Ausfuhrüberschüsse sich in Beträgen von 1 bis zu 4 Milliarden hielten. Seit 1924 hat die Einfuhr ständig zugenommen: sie belief sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1923 auf 2 095 700 000 Dollars, das heißt auf 676 Millionen mehr als während derselben Monate im Jahre 1922 und 775 Millionen mehr als 1921. In den ersten sieben Monaten dieses laufenden Jahres wurde eine Einfuhr nach Amerika von 2371 Millionen festgestellt gegenüber einer Ausfuhr von 2255 Millionen. Dabei hatten Januar bis Juni passive Bilanzen, der Juliabschluß dagegen ergab einen Ueberschuß der Ausfuhr. Es ist also der Regierung gescheit, das Steuer zum mindesten für eine kurze Weile wieder heranzurufen, ob durch die Gunst wirtschaftlicher Verhältnisse oder durch die Kunst der Statistiker, wie Wissende mit Augenwinkeln behaupten, soll hier nicht weiter untersucht werden. Sicher hat die Regierung bei ihrem Vorgehen, die Bilanz aktiv zu erhalten und sich dadurch die Fortdauer der Zufriedenheit im Volk und ein gutes Abschneiden bei dem großen Volksgesicht im November 1924 zu sichern, keinen leichten Stand; die starke Schwächung der Kaufkraft Europas, die am deutlichsten in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten seit 1920 auf die Hälfte zurückgegangen ist, stellt solchen Anstrengungen formlose Hindernisse entgegen. Man darf jedenfalls auf die Entwicklung in den kommenden Monaten gespannt sein.

Belagerungszustand in Spanien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 18. September.

Der spanische Diktator, Primo de Rivera hat, wie schon gemeldet, den „Verdacht“, ein Freund Deutschlands zu sein, „entwirft“ zurückgewiesen. Die Spanier erzählen gern diese Szene in anderer Art, als die französischen Blätter. Nach der Darstellung des „Echo de Paris“ hat der General gesagt: „Ich höre, daß der frühere Minister Alba erzählte, unsere Bewegung habe eine deutschfreundliche Tendenz. Diese Behauptung ist falsch, unpatriotic und unwürdig. Wir haben ein militärisches Direktorium geschaffen, ohne, daß ich irgendeines seiner Mitglieder nach seinen persönlichen Ansichten befragt habe. Ich selbst habe mich während des Krieges als Freund Frank-

Anlage.

Von (Nachdruck verboten.)
Fred Hildenbrandt.

Man soll in solchen Dingen nicht locker lassen, nachgeben um keinen Preis und nicht müde werden: denn es geht nicht um diesen einen Fall, sondern um alle Fälle, nicht um einen Menschen in Not, sondern um einen Stand, und nicht um den geringsten.

Zu Jahre 1915 fiel der Hauptmann Dr. August Stramm. Seine Witwe blieb zurück mit zwei Kindern. Stramm hat seine sämtlichen Werke, die, man mag wollen oder nicht, im Anbruch einer neuen Generation mit einer sonderbaren, aber lebendigen Formkraft Wege zeigten, er hat alle seine Werke dem Sturmverlag in Berlin, Herrn Eowarth Walden, überwiesen. Nach seinem Tode hielt die Anteilnahme des Verlagsinhabers genau so lange vor, bis die Witwe Stramm die noch liegenden stenographischen Dichtungen herausgegeben hatte, nachher war sie allein in der Welt. Der Sturmverlag hat, wie das wohl bei ihm üblich war, niemals eine Zeile von Stramm honoriert, sondern nur den proportionalen Anteil am Verkauf der Bücher und die Lantienne ausbezahlt. Der ein Schriftsteller ist, weiß, wie es damit steht. Frau Stramm erbielt in den letzten Jahren kaum einmal Mitteilung davon, was mit den Werken ihres Mannes unternommen wurde; Paul Hindemith vertonte einen Ginater ihres Mannes, dieser Ginater wurde in Frankfurt a. M. aufgeführt, erfahren hat Frau Stramm diese Aufführung erst durch die Kritiken. Sie hat, als sie diesen Fall erzählte, in einer rührenden Weise, die ohne Falch und ohne Heile war, gesagt: „Nicht wegen des Geldes, aber ich wäre doch gerne hingefahren, denn ich kam ihn nicht vergessen.“ (Sie hat zwei Kinder zu erziehen und schreibt sich die Finger wund mit kleinen Geschichten — aber sie wäre hingefahren, um das Werk ihres toten Mannes zu hören.)

Ein Berliner Rechtsanwalt erblickt sich, da sie kein Geld für einen Prozeß hat, die Sache loslassen für sie auszusuchen. Der Vertragsbruch kommt vor das Schiedsgericht des Schriftstellerverbands. Frau Stramm bekommt Recht. Aber der Sturmverlag, der so gerne Menschlichkeit, radikale Menschlichkeit und Menschenrecht propagiert, der Sturmverlag rührt sich nicht. Sämtliche Aktien, Briefe und Abrechnungen hat Frau Stramm dem Rechtsanwalt ausgeliefert. Auch der Rechtsanwalt bleibt stumm. Die Frau, die um ihre Weltzucht ringt, fragt, fährt hin und her. Erklärt eines Tages: sämtliche Belege seien leider verschunden!

Es geht weiter. Aus ausländischen Kritiken erfährt die Witwe, daß Werke Stramm überlegt worden sind. Niemals ist eine Nachricht darüber vom Sturmverlag an sie gelangt, noch weniger eine Ab-

rechnung. Sie fragt, schreibt, fährt hin und her, die endliche Antwort ist ein Brief Dr. Blümmers, der ungehörig lautet: „Wenn Frau Stramm kein Geld bekommen hat, wird wohl auch kein Geld eingegangen sein.“ (Wie Herr Doktor Blümmers, Sie verschicken deutsche Dichtungen in heiterer Großzügigkeit an das Ausland?)

Baldwins Zusammenkunft mit Poincaré.

Französische Belorgnisse
über die künftige Stellungnahme Englands.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

2. Paris, 18. September.

Der englische Premierminister Baldwin trifft nach einem Aufenthalt von drei Wochen in Aix-les-Bains heute abend in Paris ein. Morgen wird er bei einem Frühstück in der englischen Botschaft, das Lord Grey ihm zu Ehren gibt, mit Poincaré zusammenzutreffen. Aber es gilt in Paris als sicher, daß noch eine zweite Begegnung der beiden leitenden Minister im Ministerium des Auswärtigen stattfinden soll. Denn es ist bekannt, daß in dieser Absicht in der vergangenen Woche freundschaftlich verhandelt worden ist. In England und auch in Frankreich bemüht man sich, die Begegnung als einen Akt der Höflichkeit hinzustellen, der keine politische Bedeutung hat. Diese offizielle Vorbereitung ist begründlich, da auf beiden Seiten der Wunsch besteht, eine Entäußerung der öffentlichen Meinung zu verhindern, wenn eine Verhandlung in der wichtigsten politischen Frage der Gegenwart nicht erfolgen kann. Aber es ist nicht minder begründlich, daß niemand an diese diplomatische Vorkehrungsmaßregel glaubt, und daß in allen politischen Gesprächen die Möglichkeiten überlegt werden, die sich nach diesen Gedanken austausch ergeben können. Daß die beiden Staatsmänner sich in wenigen Stunden über die Reparationszahlungen und die Aufhebung dieser werden, nachdem sie seit vielen Monaten in fast allen Einzelheiten dieser Fragen immer uneiniger geworden sind, ist nicht anzunehmen. Die französische Politik hätte es freilich gern gesehen, wenn Deutschland vor dieser Zusammenkunft kapituliert haben würde und vermischt dieses Ziel durch verstärkten Druck im Ruhrgebiet und offiziellen Verheißungen im Falle der bedingungslosen Untergebung zu erreichen.

Französische Politiker glauben, daß praktische Ergebnisse aus dieser ersten Begegnung nicht zu erwarten sind, daß es aber von großer Wichtigkeit sein kann, wenn beide Minister einander persönlich kennen lernen. Die freundschaftlichen Beziehungen, die früher zwischen den französischen und englischen Ministern bestanden, sind seit längerer Zeit verschwunden; die Franzosen geben die Schuld an dieser Ablösung der Politik Lloyd Georges, die Engländer und mit ihnen so ziemlich die ganze Welt, glauben, daß Poincaré durch die Ruhrpolitik die Freundschaft gestört habe. Beide Parteien erkennen die Notwendigkeit, wieder fähig zu werden und warten deshalb mit Spannung ab, wie Poincaré und Baldwin sich verstehen werden. Philippe Millet, der Baldwin persönlich kennt, behauptet im „Petit Parisien“, daß die Verständigung leicht sein werde, da Baldwins Charakter in einigen Eigenschaften der „unerschöpflichen und gradlinigen Art“ Poincarés ähnlich sei. Ferning ist als ein Bekannter des englischen Ministerpräsidenten mit seinen Prognostikungen vorsichtig und schreibt im „Echo de Paris“, daß die Begegnung eine „klärende“ Veränderung der Zukunft vorbereiten könne. Ferning weist aber auch auf die Schwierigkeiten hin, die eine solche Aenderung verhindern könnten. Was er sagt, ist so charakteristisch für die nationalpolitische Auffassung der französischen Politik und so wichtig für die weitere Entwicklung, daß es notiert werden muß. Der diplomatische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ behauptet, daß der passive Widerstand über kurz oder lang ein Ende finden müsse. Dann würden sofort Verhandlungen zwischen Deutschland und den beiden für die Aufhebung verantwortlichen Ländern beginnen, und es sei mit Sicherheit vorauszuweisen, daß England an diesen Verhandlungen teilnehmen wolle. Um dieses Recht zu walten, habe die englische Regierung auf das Angebot vom 2. Juni keine separate Antwort gegeben. Sie wolle also bei der Regelung der Reparationsfrage mit sprechen, und sie werde, da nach der englischen Auffassung die Reparationszahlungen durch die Ruhrbesetzung verhindert werden,

auch über die Art und die Dauer der Besetzung ihre Ansicht äußern. Diese Vermutung beunruhigt die französischen Politiker lebhaft. Die Politik Frankreichs werde stark erschwert, und die ganze Politik des 11. Januar werde gefährdet, wenn in den neuen Verhandlungen die Edmirenten sich ergeben, die im Juni und August die beiden Regierungen aus einander brachten. Um diese bedenkliche Entwicklung zu verhindern, schließt Ferning ein sehr einfaches Auskunfts-mittel vor: Poincaré und Baldwin müßten vereinbaren, daß in allen, was mit der Ruhrbesetzung zusammenhängt, Frankreich und Belgien allein sich mit Deutschland auseinandersetzen hätten. England könne wohl an den Verhandlungen teilnehmen, müsse aber die französisch-belgische Politik der letzten acht Monate als gegeben annehmen und, falls England mit diesem Vorschlag einverstanden sei, so könnten künftige Verträge „in Ruhe ausgearbeitet“ werden, ohne daß die englische Regierung ein System gutzuheißen brauche, gegen das sie eine so lebhafte Aneignung behauptet habe.

Die Meinung Deutschlands kann nur zurückhaltend geäußert werden, da jedes unzeitliche Wort den Interessen Deutschlands in dieser Stunde schaden könnte. Aber es wird erlaubt sein, ein Zitat aus einer amerikanischen Zeitung über die aktuellen Fragen wiederzugeben, das in sehr glücklicher Satire auf die Konsequenzen der französischen These hinweist. „Die Wochenchrift „The Nation“ schreibt: „Die logische Folgerung aus der Antwort von Poincaré auf das englische Memorandum wäre, daß die Vereinigten Staaten und England sofort gemeinsam mit Frankreich zu zwingen, seine Schulden zu bezahlen. Ob Frankreich zahlen kann oder nicht, ist — nach französischer These — vollkommen gleichgültig. Die Schuld liegt fest, die Verträge sind unterzeichnet. Ein amerikanischer Poincaré hätte das Recht auf seiner Seite, wenn er diese Forderung eintreiben wollte. Frankreich hat von Zeit zu Zeit verprochen, zu zahlen, es hat aber niemals eine ernsthafte Anstrengung gemacht, sich seiner Verpflichtungen zu entledigen. Es hat weder bare Leistungen versucht, noch andere Zahlungsmittel vorgeschlagen, und wir hätten somit das Recht, die Hüfen zu belegen und alles zu nehmen, was wir kriegen können, sogar wenn wir die Industrie Frankreichs und vielleicht uns selbst zugrunde richten. Weder Frankreich noch die übrige Welt könnte ein solches Vorgehen ungeschädigt oder gar feindselig finden. Denn diese Schuld ist eine heilige Pflicht, gewährt durch das Blut unserer für Frankreich gestorbenen Söhne. Niemand dürfte uns zurecht, daß über eine solche Frage von dieser Bedeutung ein internationales Schiedsgericht oder eine neutrale Vorkommission zu Gericht sitzen braucht.“

Politische Aussprache zwischen beiden Ministerpräsidenten.

Eine offizielle französische Erklärung.

Paris, 18. September. (W. L. W.)

Was veröffentlicht eine offenbar beabsichtigte Mitteilung, in der es heißt, aus englischer Quelle sei gemeldet worden, die Unterredung zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten werde nur der Charakter eines einfachen Höflichkeitensbesuches tragen. Man dürfe annehmen, daß dies nicht der ausschließliche Zweck der Zusammenkunft sein werde. Baldwin habe bei seiner Rückkehr aus Aix-les-Bains nach London Paris nicht verlassen zu dürfen geglaubt, ohne seinen französischen Kollegen zu begrüßen. Poincaré seinerseits habe sich bereit erklärt, die ihm gebotene Gelegenheit zu ergreifen, um mit dem englischen Kabinett unmittelbar in Verbindung zu treten und seine persönliche Auffassung von den ersten Problemen aus dem Augenblick zu äußern und die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten so schärfer zu gestalten. Es erhebe sich daher nicht die Aufgabe, daß Poincaré und Baldwin sich über ihre Auffassung in den Hauptfragen, das heißt hinsichtlich der Reparationen, der Regelung der interalliierten Schulden und ganz allgemein der Aufrechterhaltung des Friedens und des Gebietsstandes aus dem Kontinent aussprechen werden. Die Auseinandersetzung über ihre Auffassung könne dazu beitragen, die zwischen beiden Kabinetten bestehenden Beziehungen zu verbessern und die Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien aus der Welt zu schaffen.

Der unvermeidene Dutsch.

I.

Der spanische General X. Y. hat einen Putsch verübt. Wir schreiben September.

Im April, als ich in Spanien war, hielt man so einen Putsch dort bereits für möglich — und ich sagte hier:

Die das Zeitbild dütter malen,
Munkeln was von Generalen.

Ich betone das zu dreißig Prozent, weil ich stolz auf die Voraussage (der Andren) bin. Zu sechzig Prozent aber: weil eine Lehre darin enthalten scheint. Nämlich:

Ein Putsch, lange zuvor als drohend erkannt, wird trotzdem nicht verhindert. Mit lebenden Augen läßt ein Volk ihn Wirklichkeit werden. Wo? — In Spanien. In Spanien.

II.

Aus Barcelona kam das Pronunciamento. Dieser Umstand ist — beinahe denkwürdig. Denn Katalonien, industriell-sozialistisch, bedeutet loszulegen das andre Ende der spanischen Wurst. Grade jetzt schickt Professor R. Campañans von der Universität Industrial in Barcelona, den ich menschlich nicht kenne, mir eine Schrift (nicht spanisch abgefaßt, sondern katalonisch), welche die Gegenmeinung darstellt.

Sie heißt: „El socialismo i el problema de Catalunya.“ Vertritt nicht Sonderinteressen, sondern alle Wirtschaftssphäre.

Auf der ersten Seite hat er, was damals hier stand, in deutschen Lettern zitiert: „Und dieser Teil von Spanien will kein Teil von Spanien sein.“

Er schließt mit den Worten an seine Landsleute: „Amicst Viscra la República Social de Catalunya!“ (Dies ist eben das andre Ende der spanischen Wurst.)

Alfred Kern.

Die Holländers Nachfolge. Das Schauspielere-theater hat, wie wir erfahren, mit Max Reinhardt bereits einen seltenen Vertrag abgeschlossen, nach dem Karlheinz Martin die Nachfolge Holländers in Deutschen Theater antreten wird. Allerdings findet sich darin die Klausel, daß zunächst die Einwilligung der Schauspielerei, die den Holländer-Bühnen angehören, eingeholt werden muß. Die Mitglieder des Deutschen Theaters traten daher gestern zu einer Vollversammlung zusammen, die endgültige Entscheidung wird aber erst im Laufe des heutigen Tages fallen.

